



Gemeinderat

Niederschrift

Über die 4. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 7. Juli 2011 im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:50 Uhr

Anwesende:

Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Herbert Mayer
2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein
StR Eva Lungner
StR Dr. Wolfgang Jörg
StR Ing. Roland König
GR Hubert Niederbacher
GR Richard Reinalter
GR DI Andreas Pfenniger
GR Markus Gerstgrasser
GR Monika Rotter
GR Doris Sailer
GR Mag. Kurt Leitl
GR Peter Vöhl
GR Hansjörg Unterhuber
GR Gabriele Greuter
GR-Ers. Roswitha Pircher
GR-Ers. Mehmet Demir
GR-Ers. Johannes Schönherr

Abwesend und
entschuldigt:

GR Ahmet Demir
Mag. Jakob Egg
StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler

Weiters an-
wesend:

Walter Gaim

Schriftführerin:

Mag. Elisabeth Reich

Tagessordnung

1. Niederschrift
2. Anträge des Stadtrates
Löschung Vor- und Wiederkaufsrecht – Ing. Thomas und Helga Hittler; Löschung Vorkaufs- und Pfandrecht – Anna Traxl; Malserstraßenfest 2011 – verlängerte Öffnungszeit
3. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
Grundverkauf an Petter Emil, Prandtauweg; Grundverkauf an die ÖBB-Infrastruktur AG aus Gp. 2469/1 und 2523/10 (öffentl. Gut für Straßen und Wege)
4. Anträge der Finanzverwaltung
Darlehensaufnahme Einsatzzentrum; Waldumlage
5. Anträge des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses
Flächenwidmungsplanänderung Reschenscheideckhaus/Tourismusverband; Bebauungsplan Reschenscheideckhaus/Tourismusverband
6. Antrag des Wohnungsausschusses
Wohnungsvergaben
7. Anträge, Anfragen und Allfälliges
8. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. In weiterer Folge wird Frau Roswitha Pircher als GR-Ersatzmitglied angelobt. Anschließend ersucht der Vorsitzende, den Punkt „Venet Bergbahnen AG – Finanzbedarf Geschäftsjahr 2010/11 und Budget 2011/12“ sowie den Punkt „Entsendung in den Aufsichtsrat der Venet Bergbahnen AG“ auf die Tagesordnung aufzunehmen, womit sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden erklärt.

Sodann geht der Vorsitzende auf die Erledigung der Tagesordnung über.

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Hinsichtlich der Niederschrift über die 3. Sitzung des Gemeinderates vom 12. Mai 2011 bemerkt StR König, dass unter TO-Pkt. 7) a. StR Lunger mitgeteilt hat, dass alle Beschlüsse des Museumsvereins-Vorstandes einstimmig gefallen sind und alle politischen Parteien involviert worden sind. StR König möchte festgehalten haben, dass hier nur ÖVP und SPÖ gemeint gewesen sind, denn die FPÖ und Die Grünen waren nicht involviert und nicht im Museumsverein vertreten.

StR Lunger meint hingegen, dass der ehemalige FPÖ-Mandatar, Dr. Mag. Hochstätger eingeladen war und zu keiner Sitzung gekommen ist. Sie wird dies jedoch noch eruieren.

Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Gemeinderates vom 12. Mai 2011 wird mit der von StR König gewünschten Ergänzung genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Anträge des Stadtrates**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Vorsitzende den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

a. Löschung Vor- und Wiederkaufsrecht – Ing. Thomas und Helga Hittler

In EZ 1832 GB 84007 Landeck – im Eigentum der Ehegatten Ing. Thomas und Helga Hittler – ist unter C-LNr. 1 das Wiederkaufsrecht und unter C-LNr. 2 das Vorkaufsrecht zu Gunsten der Stadtgemeinde Landeck einverleibt.

Ing. Thomas und Helga Hittler stellen nun die Anfrage, ob die Stadtgemeinde Landeck der Löschung dieser Rechte zustimmt.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 24. Mai 2011 mit dem Ansuchen befasst und beantragt, der Gemeinderat möge der Löschung des Vor- und Wiederkaufsrechts zustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag des Stadtrates einstimmig einverstanden.

b. Löschung Vorkaufs- und Pfandrecht – Anna Traxl

In EZ 1222 KG 84007 Landeck – im Alleineigentum von Frau Anna Traxl – ist unter C-LNr. 2a das Vorkaufsrecht und unter C-LNr. 3a das Pfandrecht zu Gunsten der Stadtgemeinde Landeck einverleibt.

Notar Dr. Eugen Neururer stellt die Anfrage, ob die Stadtgemeinde Landeck der Löschung dieser Rechte zustimmt. Die Darlehensforderung in der Höhe von ATS 10.000,-- wurde zur Gänze getilgt.

Der Stadtrat beantragt, der Gemeinderat möge der Löschung der oben angeführten Rechte zustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Antrag einstimmig zu.

c. Malserstraßenfest 2011 – verlängerte Öffnungszeit

Die Leistungsgemeinschaft der Landecker & Zammer Betriebe plant am Donnerstag, dem 25. August 2011, das „Malserstraßenfest 2011“ zu veranstalten. Im Rahmen dieses Festes soll den BesucherInnen eine verlängerte Einkaufsmöglichkeit bis 22:00 Uhr geboten werden. Aufgrund des Öffnungszeitengesetzes ist eine positive Beschlussfassung im Gemeinderat erforderlich.

Der Stadtrat stellt daher den Antrag, der verlängerten Öffnungszeit auf Grund eines besonderen Anlasses zuzustimmen und einen entsprechenden Antrag beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Gewerberecht, einzubringen.

Beschluss:

Damit erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 3) der TO.: Anträge des Bau- und Wasserausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, StR Ing. Roland König, den Vortrag.

a. Grundverkauf an Petter Emil, Prandtauerweg

Herr Emil Petter hat bei der Stadtgemeinde Landeck um die käufliche Überlassung einer ca. 25 m² großen Fläche aus der stadteigenen Gp. 1267/1 im Bereich des von ihm erworbenen Wohnhauses Prandtauerweg 5 angesucht. Er benötigt diesen Grund zur Errichtung von Abstellplätzen für sein mit 3 Wohnungen umgebautes Wohnhaus.

Der Bau- und Wasserausschuss hat in seiner Sitzung am 22.6.2011 den Grundverkauf befürwortet und beantragt den Verkauf der gewünschten Fläche an Herrn Petter zum Preis von Euro 110,-/m². Alle mit diesem Rechtsgeschäft anfallenden Kosten Gebühren und Steuern hat der Grundkäufer zu tragen.

Nachdem die zu veräußernde Teilfläche im Freiland liegt und bei Vereinigung mit dem Stammgrundstück 1267/37 umgewidmet werden muss, ist der Verkauf vorbehaltlich einer rechtskräftigen Umwidmung zu beschließen.

Beschluss:

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

b. Grundverkauf an die ÖBB-Infrastruktur AG aus Gp. 2469/1 und 2523/10

Für das vom Tourismusverband geplanten Bauvorhaben auf Bp. 709/1, nördlich des ÖBB-Wohnhauses Malserstraße 47 (Reschenscheideckhaus), werden aus den angrenzenden öffentlichen Wegparzellen folgende Flächenteilstücke benötigt:

aus Gp. 2469/2 ca. 13 m² (Straßenstützmauer)

aus Gp. 2523/10 ca. 18 m²

Nachdem die ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft dem Tourismusverband auf der in ihrem Eigentum stehenden Bp. 709/1 ein Baurecht einräumt, muss die Grundeigentümerin der Stadtgemeinde Landeck gegenüber als Grundkäuferin auftreten.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 22.6. mit diesem Grundverkauf befasst und beantragt die Aufhebung der Straßenwidmung sowie die käufliche Überlassung vor angeführter Flächenteilstücke an die ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft unter folgenden Bedingungen und Auflagen:

- Als Grundpreis wird Euro 300,-/m² vorgeschlagen
- Alle mit dieser Grundüberlassung anfallenden Kosten Gebühren und Steuern hat die Grundkäuferin zu tragen.
- Die Erhaltung der Straßenstützmauer auf der zu verkaufenden Fläche geht auf die die neue Grundeigentümerin über.
- Der Grundverkauf wird erst dann rechtswirksam, wenn zwischen der Stadtgemeinde Landeck und dem Tourismusverband eine Einigung über die zukünftige Verwertung des derzeitigen Gebäudes auf Bp. 1132 am Stadtplatz Alt erzielt wird.
- Für das zu entfernende Wartehäuschen einschließlich der Sitzgelegenheiten ist an derselben Stelle im Einvernehmen mit der Stadtgemeinde Landeck ein gleich-wertiger Ersatz zu schaffen.

Die notwendige Umwidmung der Flächenteilstücke wird vom Planungsausschuss beantragt.

StR König fügt hinzu, dass Verhandlungen mit dem Tourismusverband geführt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag des Bau- und Wasserausschusses einstimmig einverstanden.

Pkt. 4) der TO.: Anträge der Finanzverwaltung

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Finanzausschusses, 2.Bgmstv. Jenewein, den Vortrag.

a. Restfinanzierung des Einsatzzentrum

Zur Restfinanzierung des Einsatzzentrums ist ein Darlehen in der Höhe von Euro 360.000,00 aufzunehmen. Das Darlehen wurde wie üblich ausgeschrieben. Das günstigste Angebot wurde durch die Hypo Tirol Bank AG gelegt.

Die Finanzverwaltung stellt den Antrag:

- Bei der Hypo Tirol Bank AG ein Darlehen zu nachstehenden Bedingungen aufzunehmen.
- Die weiteren Darlehensangebote zur Kenntnis zu nehmen.
- Die Teilfinanzierungspläne und den Gesamtfinanzierungsplan zu genehmigen.

Darlehensaufnahme

Darlehensgeber: Hypo Tirol Bank AG
Darlehensbetrag: Euro 360.000,00
Verwendungszweck: Neubau Einsatzzentrum

Zinssatz: 0,49%-Punkte auf den jeweiligen 3-Monats EURIBOR bei vierteljährlicher Anpassung ohne Rundung. Der 3-Monats EURIBOR ist der zwei Bankarbeitstage vor Beginn jeder Verzinsungsperiode auf Basis des 3-Monats EURIBOR gem. Reuters Seite „EURIBOR01“ bekanntgegebene Zinssatz

Verrechnungsart: Halbjährlich, dekursiv, kal/360

Spesen: Keine Bereitstellungsprovisionen, keine Zuzählungsprovisionen, keine Nebenspesen

Besicherung: Haftung gem. § 1357 ABGB durch die Stadtgemeinde Landeck, Aufsichtsbehördliche Genehmigung

Kündigung: Vorzeitige Rückzahlungen sind unter Einhaltung einer 3-wöchigen Kündigungsfrist zum Ablauf der jeweiligen Zinsperiode (=EURIBOR Bindung zu den jeweiligen Zinsanpassungsterminen) spesenfrei möglich.

Rückzahlung: 40 halbjährliche Pauschalraten, beginnend mit 31.12.2011

Laufzeit: 20 Jahre

Zuzählung: Nach Baufortschritt bzw. Bedarf

Weitere Angebote

Sparkasse Imst	3-Monats EURIBOR – Aufschlag 0,49 % ohne Rundung Anpassung des Aufschlages an die Refinanzierungskosten, Grundbuchseintragung – entspricht nicht der Ausschreibung
PSK	3-Monats EURIBOR – Aufschlag 0,50% ohne Rundung
Bank Austria	3-Monats EURIBOR – Aufschlag 0,55% ohne Rundung
Volksbank Landeck	3-Monats EURIBOR – Aufschlag 1,0 % Rundung auf 1/8
Raiffeisenbank Oberland	nicht angeboten
BTV	nicht angeboten

Teilfinanzierungspläne

2008

Baukosten		90,40
Anteilsbetrag OH.	40.090,40	

2009

Investitionskostenbeitrag IMMO KG		250.000,00
Baukosten		52.199,65
Einm. sonstige Einnahmen	52.199,65	
Bedarfszuweisungen	100.000,00	
Landesfeuerwehrfonds	150.000,00	

2010

		3.200.000,0
Investitionskostenbeitrag IMMO KG		0
Betriebsausstattung		169.182,05
Bedarfszuweisungen	200.000,00	
Landesfeuerwehrfonds	220.000,00	
	2.590.000,0	
Darlehen Neuaufnahme	0	
Zuführung OH.	140.000,00	

2011

Investitionsbeitrag IMMO KG		690.000,00
Betriebsausstattung		47.000,00
Bedarfszuweisungen	200.000,00	
Landesfeuerwehrfonds	70.000,00	
Darlehen Neuaufnahme	360.000,00	
Zuführung OH.	6.182,05	

2012

Bedarfszuweisungen	280.000,00	
--------------------	------------	--

Gesamtfinanzierungsplan

	4.140.000,0
Investitionskostenbeitrag IMMO KG	0
Baukosten	52.290,05
Betriebsausstattung	<u>216.182,05</u>
	4.408.472,1
	<u>0</u>

Zuführung OH 2008	40.090,40
Zuführung OH 2010	140.000,00
Zuführung OH 2011	6.182,05
Weiterverrechnung Baukosten an TIMMO	52.199,65
Bedarfszuweisung 2009	100.000,00
Bedarfszuweisung 2010	200.000,00
Bedarfszuweisung 2011	200.000,00
Bedarfszuweisung 2012	280.000,00
Landesfeuerwehrfonds 2009 - FF. Landeck	150.000,00
Landesfeuerwehrfonds 2010 - FF. Landeck	220.000,00
Landesfeuerwehrfonds 2011 - FF. Landeck	0,00
Landesfeuerwehrfonds 2011 - Bez. Feuerwehrverband	70.000,00
	2.590.000,0
Darlehen 2010	0
Darlehen 2011	<u>360.000,00</u>
	4.408.472,1
	<u>0</u>

2.Bgmstv. Jenewien fügt hinzu, dass der Aufschlag auf den 3-Monats EURIBOR ausschlaggebend ist. Vor der Wirtschaftskrise betrug dieser 0,1 %, derzeit 0,49 %. Er betont, dass die Gemeinden vor der Krise bessere Bedingungen erhalten haben. Des Weiteren informiert er, dass für die Darlehen die aufsichtsbehördliche Genehmigung erforderlich ist. Er weist darauf hin, dass die Gesamtfinanzierung der Budgetierung entspricht. Nach derzeitigem Stand wird unter der geschätzten Baukostensumme abgerechnet. Die Obergrenze ist mit dem Darlehen festgelegt.

Beschluss:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen

b. Darlehensaufnahme Einsatzzentrum

Die Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG nimmt zur Finanzierung des Neubaus Einsatzzentrum, nachstehendes Darlehen bei der Hypo Tirol Bank AG, 6020 Innsbruck – Meranerstr. 8, auf:

Darlehensbetrag:	Euro 930.000,00
Verwendungszweck:	Neubau Einsatzzentrum
Zinssatz:	0,49 %-Punkte auf den jeweiligen 3-Monats EURIBOR bei vierteljährlicher Anpassung ohne Rundung. Der 3-Monats EURIBOR ist der zwei Bankarbeitstage vor Beginn jeder Verzinsungsperiode auf Basis des 3-Monats EURIBOR gem. Reuters Seite „EURIBOR01“ bekanntgegebene Zinssatz
Verrechnungsart:	Halbjährlich, dekursiv, kal/360
Spesen:	Keine Bereitstellungsprovisionen, keine Zuzählungsprovisionen, keine Nebenspesen
Besicherung:	Haftung gem. § 1357 ABGB durch die Stadtgemeinde Landeck, aufsichtsbehördliche Genehmigung
Kündigung:	Vorzeitige Rückzahlungen sind unter Einhaltung einer 3-wöchigen Kündigungsfrist zum Ablauf der jeweiligen Zinsperiode (=EURIBOR-Bindung zu den jeweiligen Zinsanpassungsterminen) spesenfrei möglich.
Rückzahlung:	40 halbjährliche Pauschalraten, beginnend mit 31.12.2011
Laufzeit:	20 Jahre
Zuzählung:	Nach Baufortschritt bzw. Bedarf

Weitere Angebote

Sparkasse Imst	3-Monats EURIBOR – Aufschlag 0,49 % ohne Rundung Anpassung des Aufschlages an die Refinanzierungskosten, Grundbuchseintragung – entspricht nicht der Ausschreibung
PSK	3-Monats EURIBOR – Aufschlag 0,50 %
Bank Austria	3-Monats EURIBOR – Aufschlag 0,55 % - ohne Rundung
Volksbank Landeck	3-Monats EURIBOR – Aufschlag 1 % Rundung auf 1/8
BTV	nicht angeboten
Raiffeisenbank Oberland	nicht angeboten

Teilfinanzierungspläne

2009

Baukosten		100.690,35
Investitionskostenbeitrag	250.000,00	

2010

Baukosten		2.680.385,23
Investitionskostenbeitrag	3.200.000,00	

2011

Baukosten		2.288.924,42
Investitionskostenbeitrag	690.000,00	

Gesamtfinanzierungsplan

Investitionskosten

Baukosten		5.070.000,00
Investitionskostenbeitrag	4.140.000,00	
Darlehensaufnahme	930.000,00	
	<hr/>	
	5.070.000,00	5.070.000,00

Das Darlehen wurde als Bürgschafts- und Haftungsdarlehen ausgeschrieben, um ein Darlehen mit den für die Stadtgemeinde Landeck üblichen, besseren Konditionen aufnehmen zu können.

Dem Gemeinderat wird empfohlen, für das Darlehen der Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG, in Höhe von Euro 930.000,00 (Neubau Einsatzzentrum), die Haftung als Bürge und Zahler zu übernehmen.

z.Bgmstv. Jenewein merkt an, dass man das Projekt Einsatzzentrum über die Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG abgewickelt hat. Das Grundstück wurde in die Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG eingebracht, die Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG tritt als Bauherr auf. Um bessere Konditionen für das Darlehen zu erhalten, übernimmt die Stadtgemeinde die Haftung als Bürge und Zahler.

StR Jörg weist darauf hin, dass es auch andere Formen als Bürge gibt. Hierzu informiert Finanzverwalter Walter Gaim, dass die Banken die strengste Form – Bürge und Zahler – fordern, ansonsten wären die Konditionen um ein halbes oder dreiviertel Prozent höher.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag einstimmig einverstanden.

c. Waldumlage

Die Finanzverwaltung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, die Umlage zur teilweisen Deckung des Personalaufwandes für das Forstaufsichtsorgan gem. § 10 der Tiroler Waldordnung 2005 mit 50 % für den Wirtschaftswald und mit 15 % für den Schutzwald im Ertrag zu erheben.

Die für das Jahr 2010 zu vereinnahmende Waldumlage beträgt daher EUR 35.440,04.

2. Bgmstv. Jenewein fügt hinzu, dass der Waldaufseher zwei Gebiete zu betreuen hat. Die Aufteilung der Kosten erfolgt nach einem genauen Schlüssel. Von den Waldbesitzern wird ein Betrag in der Höhe von Euro 10.822,33 eingehoben, der Rest ist von der Gemeinde zu bezahlen.

Beschluss:

Mit vorliegendem Antrag erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 5) der TO.: Anträge des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses, StR Dr. Jörg, das Wort und verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

a. Flächenwidmungsplanänderung Reschenscheideckhaus/Tourismusverband

Nach erfolgten Beratungen in den Sitzungen vom 28. April 2011 und vom 26. Mai 2011 wird vom Planungs- Verkehrs- und Agrarausschuss beantragt, die Auflage und den Entwurf für nachstehende beabsichtigte Änderung des Flächenwidmungsplanes zu beschließen, wobei der Entwurf jedoch nur dann rechtswirksam wird, wenn hierzu innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen von einer berechtigten Person oder Stelle abgegeben werden und während der Auflage eine vertragliche Vereinbarung über die Nachnutzung des Objektes Malser Straße 10 (jetziges Büro Tourismusverband Tirol-West) zwischen dem Tourismusverband TirolWest und der Stadtgemeinde Landeck zu Stande kommt:

Umwidmung einer Teilfläche der Bp. .709/1 von Sonderfläche für Widmungen in verschiedenen Ebenen in Sonderfläche Tourismusbüro (§43 Abs. 1 lit. a TROG) sowie Umwidmung von Teilflächen der Gpn. 2523/10 und 2469/2 von Verkehrsfläche in Sonderfläche Tourismusbüro (§43 Abs. 1 lit. a TROG) laut beiliegendem Änderungsplan.

Der beabsichtigten Umwidmung liegen die Stellungnahme und der Änderungsplan des Stadtbauamtes zugrunde.

StR Jörg teilt mit, dass parallel dazu Verhandlungen betreffend das Gebäude am alten Stadtplatz zu führen sind. Es haben bereits Gespräche statt gefunden. Er betont, dass der Beschluss erst greift, wenn die privatrechtliche Vereinbarung getroffen worden ist.

So könne jedoch die Sommerpause genutzt werden. Hinsichtlich des Dienstbarkeitsvertrages meint er, dass es Auslegungsansichten gibt. Der TVB West würde gerne das Gebäude vermieten und verwerten. Der Planungsausschuss ist der Ansicht, dass der Grund wieder in das Eigentum der Stadt fallen soll. Er bittet, dass ein Verhandlungsteam aufgestellt wird.

Der Vorsitzende merkt an, dass in der nächsten Stadtrats-Sitzung, das ist am 14. Juli 2011, das Verhandlungsteam zusammengesetzt wird.

2.Bgmstv. Jenewein ist der Ansicht, dass man im Gesamten auf einem guten Weg ist. Was mit dem Gebäude des TVB am alten Stadtplatz geschieht, hierzu lässt der Dienstbarkeitsvertrag einiges offen, da es Unklarheiten gibt. Der Hintergrund ist, dass die Stadt das Grundstück dem TVB übergeben hat, im Gegenzug hat der TVB Haftungen für den Thial und den Venet übernommen. 2.Bgmstv. Jenewein ist der Meinung, dass es einen Kompromiss geben muss. Beide Seiten sind sich einig, dass eine Lösung gefunden werden muss, die Präferenz ist – wie StR Jörg bereits mitgeteilt hat – dass die Stadt wieder Eigentümerin wird. Für ihn ist der Verhandlungsverlauf erfreulich, da es eine Verknüpfung zwischen dem neuen Projekt und dem bestehenden Gebäude gibt. Es ist gewünscht, dass im Sommer eine Einigung erzielt wird, sodass im Herbst der Baubeginn erfolgen kann.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit vorliegendem Antrag einstimmig einverstanden.

b. Bebauungsplan Reschenscheideckhaus/Tourismusverband

Nach erfolgten Beratungen in den Sitzungen vom 28. April 2011 und vom 26. Mai 2011 wird vom Planungs- Verkehrs- und Agrarausschuss beantragt, den Entwurf des Bebauungsplanes „A71/E1 MALSER STRASSE – Tourismusbüro“ (gemäß §56 Abs. 1 TROG 2006), betreffend

Teilflächen der Gpn. 2523/10, 2469/2 sowie Bp. .709/1

gemäß §65 ff TROG 2006, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahmen einlangen und während der Auflage eine vertragliche Vereinbarung über die Nachnutzung des Objektes Malser Straße 10 (jetziges Büro Tourismusverband TirolWest) zwischen dem Tourismusverband TirolWest und der Stadtgemeinde Landeck zu Stande kommt– zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegen der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in denen die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Beschluss:

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

Pkt. 6) der TO.: Antrag des Wohnungsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Wohnungsausschusses, 1. Bgmstv. Herbert Mayer, das Wort und verliest nachstehenden Antrag:

Der Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seinen Sitzungen v. 17.05.2011 u. 15.06.2011 beantragt, nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt zu vergeben und wird der Gemeinderat um nachträgliche Beschlussfassung ersucht:

- a) die 2-Zi-Wohnung Kreuzgasse 21 (nach Demirtas) an
BIRNBAUMER Manuel, Landeck, Lötzweg 65
- b) die 3-Zi-Wohnung Brixnerstraße 12 (nach Moser) an
WOLF Helmut, Landeck, Fischerstraße 114
- c) die 3-Zi-Wohnung Urichstraße 55 (nach Ruetz) an
GUEM Günter, Landeck, Urichstraße 55
- d) die 3-Zi-Wohnung Salurnerstraße 2 (nach Gökbas) an
YILMAZ Recep, Landeck, Burschlweg 13
- e) die 3-Zi-Wohnung Malsenstraße 19 (nach Siess) an
HOFER Juliane, Landeck, Jubiläumstraße 23
- f) die 4-Zi-Wohnung Malsenstraße 19 an
STARK Josef, See, Haus Nr. 314
- g) die 2-Zi-Wohnung Salurnerstraße 10 (nach Toprak) an
WECHNER Dietmar, Landeck, Paschegasse 3
- h) die 2-Zi-Wohnung Fischerstraße 114 (nach Wolf) an
KLIMA Sascha, Landeck, Kreuzbühelgasse 6a
- i) die 3-Zi-Wohnung Urichstraße 59 (nach Basocak) an
FAKI Nuri, Landeck, Kreuzbühelgasse 39
- j) die 3-Zi-Wohnung Fischerstraße 114 (nach Thönig) an
STENICO Barbara, Landeck, Fischerstraße 16

WOHNUNGSVERGABEN BRUGGFELDSTRASSE

Rücktritte

Top 10 SCHÖPF GARCIA MARQUEZ Heinrich
Top 34 VALENTINI Sarah / OFNER Michael
Top 46 ZANGERLE Claudia

Top 49 DILEK Müslüm
Top 52 HOFER Juliane

Neuvergaben

Top 11 WINKLER Norbert
Top 47 HOFER Nicole
Top 49 KÖPRÜCÜ Halis
Top 50 KNABL Jaqueline
Top 52 TANGL Rosmarie

Der Vorsitzende erklärt sich befangen und bekräftigt, dass es seinerseits keinerlei Einflussnahme gegeben hat und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit den beantragten Wohnungsvergaben einstimmig einverstanden.

Zusätzlich aufgenommenener TO-Pkt.: Venet Bergbahnen AG – Finanzbedarf Geschäftsjahr 2010/11 und Budget 2011/12

Der Vorsitzende erläutert, dass der Vorstand der Venet Bergbahnen AG in den letzten Wochen und Monaten mehrfach getagt hat. Es wurde das Betriebsjahr 2010/11 gemeinsam mit der Geschäftsführung fertig gestellt sowie das Budget 2011/2012 erstellt. Am vergangenen Donnerstag hat eine Informationsveranstaltung stattgefunden, zu der der TVB West, Gemeinderäte und Aufsichtsräte eingeladen waren. Im Rahmen dieser Informationsveranstaltung wurde über das vergangene und laufende Betriebsjahr sowie die Budgetierung berichtet. Gleichzeitig wurde informiert, dass die Venet Bergbahnen AG Finanzierungszuschüsse benötigt. Die Gemeinden wurden ersucht, darüber zu beraten. Anschließend bittet der Vorsitzende die Vorstände um einen kurzen Bericht, da nicht alle GemeinderätInnen bei der Informationsveranstaltung anwesend waren.

2.Bgmstv. Jenewein berichtet, dass sich der Vorstand in den letzten 2 Monaten intensiv mit den Zahlen auseinandergesetzt hat. Der Abschluss des vergangenen Betriebsjahres wurde fertig gestellt. Von Mai 2011 bis jetzt wurde ein Budget vom Geschäftsführer ausgearbeitet, welches in mehreren Etappen überarbeitet worden ist. Es gibt eine Wunschvariante, Notvariante und Extremvariante. Seitens des Aufsichtsrates erging der Auftrag an den Vorstand, das bestehende infrastrukturelle Angebot beizubehalten.

Hinsichtlich des Budgets betont er, dass es ein sehr reduziertes Budget ist, welches erforderlich ist, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Es ist gelungen, Einsparungen zu erzielen. Die Personalkosten sind ein Thema, wobei beabsichtigt ist, diese von externen Seilbahnxperten analysieren zu lassen. Er weist jedoch darauf hin, dass ein Großteil des Personaleinsatzes im Winter durch Betriebsvorschriften vorgeschrieben ist. Darüber hinaus informiert er, dass minimale Korrekturen sofort umgesetzt worden sind. Ein Experte sieht ein zusätzliches Potential von 2 Mitarbeitern, wobei Umstrukturierungen erforderlich wären. Es wird evaluiert, ob dies mittelfristig möglich ist.

2.Bgmstv. Jenewein informiert weiters, dass die Venet Bergbahnen AG im Geschäftsjahr 2010/11 einen Finanzbedarf von ca. 442.000,- hat. Die Vorschau für das Betriebsjahr 2011/12 weist einen Fehlbetrag von Euro 515.000,- auf. Es werden Gespräche mit dem TVBWest, der Gemeinde Fließ und der Agrargemeinschaft geführt. Bgm. Hans-Peter Bock hat ebenso für heute eine Sitzung anberaumt. Morgen werde man wissen, welchen Zuschuss sich die Gemeinde Fließ vorstellen könnte. Jede Unterstützung würde den vorhin erwähnten Betrag reduzieren.

Darüber hinaus teilt 2.Bgmstv. Jenewein mit, dass auch überlegt worden ist, eine Vorschau für die nächsten 3 Jahre zu präsentieren. Dies wurde auch im Aufsichtsrat diskutiert. Die Gesamteinschätzung ist, dass es in den nächsten Jahren nicht gelingen wird, die Einnahmen deutlich zu erhöhen. Man ist bestrebt, die Einnahmen halten zu können. Die Ausgaben steigen um ca. 3 % pro Jahr, die Lohnausgaben ca. 2 %. Die Schere geht immer weiter auseinander. Eine Steigerung der Ausgaben um 3 % bedeutet einen zusätzlichen Finanzbedarf von ca. Euro 50.000,- pro Jahr.

2.Bgmstv. Jenewein gibt die Einschätzung von Experten wieder, wonach der Schifahrermarkt gesättigt ist. Der Markt wird nicht deutlich zunehmen, er wird eher gleich groß bleiben. Darüber hinaus weist er auf die Konkurrenz in der Umgebung hin. Insgesamt stellt 2.Bgmstv. Jenewein eine dramatische Situation hinsichtlich der finanziellen Situation fest: einerseits der Abgang des letzten Jahres, andererseits der laufende Betrieb.

1.Bgmstv. Mayer betont, dass die Bemühungen der Kostensenkung nicht aufgeben werden und auf einen guten Winter gehofft wird. Große Brocken sind allerdings nicht zu erwarten. Die Einsparungs-Szenarien, Teilschließungen bzw. Komplettschließungen werden im Sommer beraten. Im Herbst werde man mehr wissen. Es geht auch um die Frage: Können wir es uns leisten, wenn ja, in welcher Form?

1.Bgmstv. Mayer zeigt auf, dass es schwierig ist, einerseits als Vorstand der Venet Bergbahnen AG zu fungieren und andererseits in derselben Person die Eigentümer zu vertreten, wesentlich, dass das Gemeindebudget belastet wird. Man ist jedoch um Transparenz bemüht. Er hofft, dass der Abgang im Geschäftsjahr 2011/12 geringer ist. 1.Bgmstv. Mayer betont, dass er einen langen Nachdenkprozess durchlaufen ist. Dem Finanzbedarf für das Geschäftsjahr 2010/11 sowie dem Budget 2011/12 nicht zuzustimmen vergleicht er damit, dass der Hauptgesellschafter sein Kind weglegen möchte. Im vorliegenden Fall erteilt er seine Zustimmung, sodass die Venet Bergbahnen AG weiter handlungsfähig ist.

Der Vorsitzende dankt beiden Vorständen für die geleistete Arbeit, insbesondere für die Unterlagen, die bei der Informationsveranstaltung an die Mandatäre ausgeteilt worden sind. Des Weiteren dankt er ihnen für die Bereitschaft, verschiedene Varianten anzusehen. Er schließt sich den Vorständen an, im Bewusstsein, dass es eine schwierige Situation ist und bittet den Gemeinderat um Zustimmung, sodass das Budget abgesichert werden kann.

StR König merkt an, dass die Zahlen vor einer Woche vorgelegt worden sind, obwohl dies für das Frühjahr angekündigt war. Er zeigt sich über den plötzlich sprunghaften Anstieg der Kosten erstaunt und weist auf eine Steigerung von 400 % von einem Quartal zum anderen hin. Aus seiner Sicht ist es heuer ein spätes Budget, das Budget des letzten Jahres war ein schwaches. StR König stellt die Frage, wie sich das Budget im kommenden Jahr entwickeln

wird. Die Einschätzung von 2.Bgmstv. Jenewein und 1.Bgmstv. Mayer findet er als sehr korrekt. Er glaubt, dass im September dieselbe Situation vorherrschen wird. Die wesentlichen Brocken werden sich nicht ändern. Er glaubt, dass die Einnahmenseite problematisch bleibt. Darüber hinaus wirft er die Frage auf, ob man – wenn die Zahlen einer Schließung vorliegen – nicht eine Volksbefragung durchführen soll. StR König bekräftigt, dass er bei dem Beschluss über die 1,9 Mio. unter bestimmten Voraussetzungen zugestimmt hat, diese jedoch nicht eingetreten sind. Wenn man „a“ sagt, muss man „b“ sagen. Er wird „c“ sagen, was ablehnen heißt. Er betont, dass er bei dieser Entscheidung Magenweh hat. Die FPÖ-Fraktion wird daher aus gegebenen Anlass – und verweist hierbei auf das letzte Jahr – dem Antrag nicht zustimmen.

GR Leitl teilt mit, dass er sich den Vorrednern in fast allen Punkten anschließen kann. Eine Volksbefragung sieht er skeptisch, eine Volksbefragung kann nur ein Stimmungsbild abgeben. Hinsichtlich des Budgets 2011/12 hat er ein Problem. Im Vergleich zum vorhergehenden Budget ist es in etwa gleich groß. GR Leitl bemängelt allerdings, dass die Löhne um ca. Euro 150.000,- abweichen, so auch der Betriebsaufwand mit 26.000 Euro. Seiner Meinung nach können diese Parameter vorher genau festgelegt werden. Für ihn ist das Budget 2011/12 wesentlich seriöser als jenes von 2010/11. Er verweist auf einen Artikel in der Tiroler Tageszeitung, in dem der Landeshauptmann zitiert ist, dass das Land keine Abgänge deckt. GR Leitl vertritt die Auffassung, dass das Land es sich nicht so einfach machen kann. Es gibt Inselsysteme, und auch diese braucht das Land. Er schlägt vor, dass sich der Gemeinderat der Stadt per Antrag an das Land wenden soll. GR Leitl meint, dass bei Vorliegen solcher Zahlen das System nicht lebensfähig ist. Der Venet ist kein schlechter Schiberg, es muss eine dauerhafte Förderung für Inselsysteme geben.

Der Vorsitzende merkt an, dass es Gespräche gibt, die der Vorstand Bgm. Mag. Geiger mit dem Landeshauptmann führt. Es geht auch um die Formulierung eines Zuschusses.

StR Jörg teilt mit, dass er in den letzten Tagen sehrwohl Bauchweh gehabt hat. Die Einnahmen sind schwierig zu erhöhen, die Ausgaben steigen. Er hat sich Gedanken gemacht und könnte heute nicht sagen, dass er einer Schließung zustimmen würde. StR Jörg ist der Ansicht, dass das Raumordnungsprogramm an kleine Schigebiete denken müsste. Er hat mit Herrn Mag. Ölhafen von der WKO gesprochen, der ihm Personen genannt hat, die mit großen Schigebieten zusammenarbeiten. Es geht um die Frage, wie es mit anderen kleinen Schigebieten aussieht und ob man ein Benchmarking machen kann. Des Weiteren verweist er auf Vorhaben der Stadtgemeinde Landeck, wie zum Beispiel dem Schulbau. Wenn die Einnahmen minimal sind, die Ausgaben steigen, dann hat die Stadt im eigenen Haushalt ein Problem. Auch wenn es eine schwierige Entscheidung ist, wird er heute zustimmen.

StR Jörg spricht sich für eine Analyse durch einen Betriebswirt – einem Seilbahnfachmann – aus, der einen anderen Zugang zu Kennzahlen hat. Er betont, dass jemand benötigt wird, der das Geschäft „Seilbahn“ versteht. Auch Top-Schigebiete lassen sich beraten. Hinsichtlich der Beratungskosten könnte eventuell eine Förderung lukriert werden. StR Jörg glaubt, dass es eines Konzepts bedarf. Eine Entscheidung soll schon in den nächsten Monaten fallen. Viele Stellen sind gefordert, auch der Gemeinderat. Er appelliert, dass ein Experte hinzugezogen wird, sodass man Grundlagen hat.

Der Vorsitzende bemerkt, dass es seitens der SPÖ-Tirol einen Initiativantrag gibt. Dieser Antrag beinhaltet die Forderung, dass ein „Topf“ eingerichtet wird, in den große Schigesellschaften, denen es finanziell gut, einbezahlen und kleinere Schigebiete daraus eine Unterstützung erhalten. Er ist in Kenntnis, dass der Venet nicht das einzige Schigebiet ist, das Zuschüsse benötigt. Der Vorsitzende teilt mit, dass jedem bewusst ist, dass Mittel, die zusätzlich für den Venet benötigt werden, für andere Vorhaben fehlen.

GR Niederbacher gibt bekannt, dass es für ihn der schwerste Gang seit 20 Jahren als GR-Mitglied war. Er wird dem Antrag hinsichtlich des Abganges für das Geschäftsjahr 2010/11 zustimmen, nicht jedoch dem Fehlbetrag für das Budget 2011/12. Anschließend legt er ausführlich seine Beweggründe dar. In der Informationsveranstaltung vom letzten Donnerstag hat er im Zuge der Diskussion gehört, dass keine Verbesserung in Aussicht gestellt wird. Im besten Fall ist die Situation gleichbleibend, eher verschlechtert sie sich. GR Niederbacher verweist darauf, dass es Vorhaben im Bildungsbereich, wie etwas der Sanierung der VS Angedair, der Hauptschule, des Kindergartens Urichstraße gibt. Aus seiner Sicht muss man sich ernsthaft fragen, wie die Gemeinde diese Vorhaben finanzieren wird. Er glaubt, dass man ehrlich zu sich selbst sein muss. GR Niederbacher vertritt die Auffassung, dass aus jeder Wortmeldung zu hören ist, dass man eigentlich dagegen ist, aber keiner den Mut hat, „nein“ zu sagen. Man verlasse sich jedes Jahr auf das Land Tirol, Dauerunterstützung vom Land Tirol hat man aber keine. Er kritisiert die Touristiker, die Schisafaris anbieten und ihre Gäste in andere Schigebiete fahren.

GR Gerstgrasser teilt mit, dass es allen gleich geht, auch er habe Bauchweh. Noch mehr Bauchweh bereitet ihm, dass man sich im dritten Monat des laufenden Geschäftsjahres befindet und noch immer kein Budget für die Venet Bergbahnen AG beschlossen ist. Dem Budget 2011/12 nicht zuzustimmen sieht er kritisch, denn es hängt mehr damit zusammen und verweist in diesem Zusammenhang z.B.: auf die Hotellerie, Gastronomie und Schischule. Jetzt – im laufenden Geschäftsjahr – über ja oder nein zu diskutieren, ist für ihn zu spät, wenn dann hätte man darüber im Frühjahr beraten müssen. Er ist der Meinung, dass im Herbst oder Spätherbst die Zahlen vorgelegt werden müssen und dann geprüft werden soll, was nach April 2012 geschieht.

StR König verliest eine Stellungnahme von Steuerberater Dr. Schweissgut. Anschließend teilt er mit, dass mit einem Kredit von Euro 1,9 Mio. die Venet Bergbahnen AG auf 0 gestellt worden ist. Nach einem Jahr ist allerdings ein Finanzbedarf in der Höhe von ca. Euro 442.000,- erforderlich. Er wirft die Frage in den Raum, ob die Rechnung des Controllings nicht stimmt. Des Weiteren merkt StR König an, dass die Venet Bergbahnen AG täglich 100-150 mehr Tageskarten verkaufen müsste, um die Kostensteigerung auszugleichen. Seiner Ansicht nach ist eine Schließung eine gute Überlegung wert. Zu prüfen ist, ob es möglich ist und was dies kostet. Dann habe man ein Ziel vor Augen und könne man dies den SteuerzahlerInnen und der Bevölkerung sagen. Er zeigt sich neuerlich irritiert, dass sich die Zahlen sprunghaft ändern. Er wirft die Frage auf, wie das Budget nachträglich gedeckt und was die Gemeindeaufsicht darüber sagen wird.

z.Bgmstv. Jenewein meint hierzu, dass es hellseherische Fähigkeiten von ihm verlangen würde zu wissen, was die Gemeindeaufsicht dazu sagen wird. Er gibt zu, dass es ordentliche Brocken sind, die der Gemeinde weh tun. Wie diese bedeckt werden, hierzu hat er keinen Vorschlag. Man könnte allgemein formulieren, dass diese durch Mehreinnahmen oder Min-

derausgaben bedeckt werden. Es gibt jedoch Zeichen, dass die Ertragsanteile deutlich höher sind als budgetiert. Derzeit liegen diese ca. 150.000,- Euro über dem Budget. Er ist sich bewusst, dass die Stadt die Ertragsanteile woanders gut brauchen könnte.

GR Reinalter wehrt sich als Schulreferent, dass Verknüpfungen hergestellt werden. Er kann es nicht so stehen lassen, dass die Schulen in schlechtem Zustand sind, sodass eine Generalsanierung erforderlich ist. Hinsichtlich des Bezugs zum Tourismus merkt er an, dass man stark von den Einheimischen lebt. Aus seiner Sicht brauchen die Jungen einen Treffpunkt. Er plädiert ebenso dafür, dass Fachleute mit einbezogen werden, man muss sich dies jedoch leisten können.

GR Niederbacher teilt mit, dass sich der BesucherInnenanteil am Venet aus 75 % Einheimischen und 25 % Gäste zusammensetzt. Er stellt die Frage, wie man die Frequenz steigern will. Der Talkessel hat ca. 12.000 EinwohnerInnen, davon betreiben ca. 1/3 Schisport, ein paar Hundert davon fahren auf den Krahberg. GR Niederbacher stellt fest, dass sich der Jahresumsatz der Venet Bergbahnen AG auf ca. Euro 1,2 Mio. beläuft. Um überleben zu können, ist ein Umsatz von ca. Euro 5 Mio. notwendig. Es fehlt somit ein großer Betrag. Im Zusammenhang mit den SchülerInnen merkt er an, dass – wenn Fließ es ernst nehme – würde die Schülerschiwoche nicht in Fiss, sondern am Krahberg abgehalten werden.

StR König äußert Bedenken im Bezug auf den Schul- und Kindergartenausschuss. Es sind Euro 20.000,- für die Sanierung VS Angedair im Budget vorgesehen. Jetzt ist Juli und man könnte den Auftrag für die Sanierung vergeben, ebenso Planungsaufträge.

Des Weiteren vertritt er die Auffassung, dass jedem frei gelassen werden soll, wohin er Schi fahren geht. Zur Äußerung von GR Niederbacher hinsichtlich der Schisafari meint er, dass man froh sein müsse, wenn Touristiker dies anbieten. Der Venet ist von Konkurrenz umgeben und man kann es Einheimischen nicht vorwerfen, wenn sie woanders Schi fahren.

GR Vöhl ist der Meinung, dass es gerechtfertigt ist, von einer Generalsanierung der VS Angedair zu sprechen und diese zwei Dinge sehr wohl miteinander verknüpft werden können. Ein Mehr an Ertragsanteilen im Schul- und Kindergartenausschuss wäre gut gewesen. Er muss jedoch zustimmen, da alles andere konzeptlos wäre.

GR Leitl glaubt nicht, dass es eine Schließung geben wird. Auch er stimmt heute zu, ansonsten gibt es keine Alternative. Er denkt, dass man versuchen soll, mehr Jugendliche und Kinder verstärkt auf den Venet zu bringen. Der Venet hat Vorteile. Dass Hoteliers und Touristiker Gäste nach Ischgl bringen, ist selbstverständlich, denn der Gast wünscht dies. Er unterstützt den Vorschlag, dass ein Fachmann den Betrieb anschauen soll.

Der Vorsitzende ist ebenso der Ansicht, dass es wichtig ist, die Jugend auf den Berg zu bringen und verweist diesbezüglich auf den bereits errichteten Snowboard-Park sowie auf die Kindergärten und Schulen, die vermehrt die Schiwoche dort verbringen. Für ihn ist es essentiell, dass so viel wie möglich aufbereitet wird und spricht sich dafür aus, einen Experten hinzu zu holen. Eine Volksbefragung möchte er nicht fixiert haben, eine indirekte Volksbefragung wird sehr wohl stattfinden: TVB, Fließler, Agrargemeinschaften, was sagen die Leute?. Ende des Jahres 2011 erfolgt die Stunde der Wahrheit. Er betont, dass es auf Dauer nicht geht.

GR Leitl erkundigt sich hinsichtlich des Verfahrens und ob ein Beschluss hinsichtlich der Budgetierung notwendig ist. Der Vorsitzende antwortet, dass dies nicht sein muss. Er merkt an, dass seit 40 Jahren der Venet betriebswirtschaftlich nicht positiv geführt werden kann, seit 40 Jahren ist der Venet es uns jedoch wert.

Anschließend bringt der Vorsitzende folgende Anträge zur Abstimmung:

a) Finanzbedarf Geschäftsjahr 2010/11

Die Venet Bergbahnen AG hat für das Geschäftsjahr 2010/2011 (1.5.2010 bis 30.4.2011) einen Finanzbedarf von € 442.311,- angemeldet, der sich aus einem erhöhten Betriebsabgang und aus nicht finanzierten Investitionen zusammensetzt.

Die Stadtgemeinde Landeck übernimmt ihren Anteil an diesen Kosten gemäß der vereinbarten Aufteilung zwischen Landeck (55 %) und Zams (45 %). Mit dem dritten Eigentümer, dem TVB Tirol West, sind Gespräche über eine Kostenbeteiligung umgehend zu führen.

Er Vorsitzende fügt hinzu, dass sich der Antrag an jenen der Gemeinde Zams anlehnt, allerdings mit der Ergänzung, mit dem TVB hinsichtlich eines Zuschusses im Gespräch zu bleiben.

Beschluss:

Der vorliegende Antrag ergibt 17 Ja-Stimmen und 2 Gegen-Stimmen.

b) Budget für das Geschäftsjahr 2011/12

Das Budget der Venet Bergbahnen AG für das Geschäftsjahr 2011/2012 (1.5.2011 bis 30.4.2012) kann mit den derzeit gültigen Zusagen der Eigentümer nicht finanziert werden. Laut vorgelegtem Budgetentwurf gibt es einen Fehlbetrag von € 515.752,--. Beiträge der Gemeinde Fließ, der Agrargemeinschaften in Zams und des TVB Tirol West sind in diesem Betrag noch nicht berücksichtigt.

Die Stadtgemeinde Landeck übernimmt ihren Anteil an diesen Kosten gemäß der vereinbarten Aufteilung zwischen Landeck (55 %) und Zams (45 %) unter der Voraussetzung, dass neben der Gemeinde Zams auch der dritte Eigentümer, der TVB Tirol West, einen entsprechenden Beitrag leistet.

Es wird festgehalten, dass sich diese Kostenübernahme ausschließlich auf das Geschäftsjahr 2011/2012 bezieht. Bis spätestens Ende 2011 sind von der Venet Bergbahnen AG Szenarien und Konzepte auszuarbeiten und vorzulegen, auf deren Grundlagen die Eigentümer dann eine Entscheidung über die mittel- bzw. langfristigen Perspektiven der Venet Bergbahnen AG fällen können und müssen.

Beschluss:

Der vorliegende Antrag ergibt 16 Ja-Stimmen und 3 Gegen-Stimmen.

Der Vorsitzende dankt dem Vorstand für die bereits geleistete Arbeit.

Zusätzlich aufgenommenener TO-Pkt.: Venet Bergbahnen AG – Entsendung in den Aufsichtsrat

Der Vorsitzende berichtet, dass StR König aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist und z.Bgmstv. Jenewein in den Vorstand gewechselt ist, weshalb eine Nachbesetzung erforderlich ist. Seitens der ÖVP wird vorgeschlagen, GR Leitl und seitens der SPÖ GR Gerstgrasser in den Aufsichtsrat der Venet Bergbahnen AG zu entsenden.

GR Gerstgrasser und GR Leitl erklären sich befangen und nehmen an der Abstimmung nicht teil.

Der Gemeinderat erklärt sich mit der Entsendung von GR Leitl und GR Gerstgrasser in den Aufsichtsrat der Venet Bergbahnen AG einstimmig einverstanden.

Pkt. 7) der TO.: Anträge, Anfragen und Allfälliges

- a. GR Niederbacher berichtet, dass vergangenen Samstag das 1. Stadt-Kinderspielfest stattgefunden hat, welches ein gelungenes Fest war. Er bedankt sich bei allen Mitwirkenden, bei den Vereinen, Sponsoren, etc.. Einen ganz besonderen Dank spricht er dem Vorsitzenden, den beiden Vizebürgermeistern und den beiden Stadträten Hittler und

Jörg für deren großzügige Geldspenden aus. Er dankt ebenso GR Gerstgrasser für seine Unterstützung sowie der Presse für die positive Berichterstattung. GR Niederbacher denkt, dass dies keine einmalige Veranstaltung war, sondern sollte sie fortgeführt werden.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass es eine tolle Veranstaltung war. Das Fest war ausgezeichnet vorbereitet und wurde von sehr vielen Leuten besucht. Er dankt dem Obmann des Jugend-, Familien- und Sozialausschusses sowie den Ausschussmitgliedern für die Organisation und Durchführung der Veranstaltung.

Auch StR Jörg und GR Leitl sprechen großes Lob und ihren Dank aus.

- b. GR Leitl informiert, dass im Nationalrat ein neues Ökostromgesetz beschlossen worden ist und weitere Euro 10 Mio. freigegeben werden, um alte Anträge zu bearbeiten. Er ersucht, dass der alte Antrag vom AAB, alle städtischen Anlagen und Gebäude auf Photovoltaik zu prüfen, im entsprechenden Ausschuss nochmals behandelt wird, sodass im Budget für das nächste Jahr Mittel vorgesehen werden können. GR Leitl betont die Vorreiterrolle der Gemeinde.

Der Vorsitzende antwortet, dass von RegioL ein Projekt ausgearbeitet worden ist, welches in Kürze vorliegen wird. Im Rahmen dieses Projekts wurden ua auch die städtischen Gebäude in Bezug auf die Sonnenscheindauer überprüft. Aus seiner Sicht spricht nichts dagegen, den Antrag des AAB neuerlich im Ausschuss zu beraten.

GR Pfenniger merkt an, dass im Zuge des Projekts Einsatzzentrum diese Maßnahme gesetzt wurde. Die Bemühung ist jedenfalls vorhanden.

StR König ist der Ansicht, dass bei diesen Anlagen der Förderungsdschungel abgebaut werden soll. Eine Amortisationszeit von 15 Jahren ist gut gerechnet, nach 15 Jahren ist der Wirkungsgrad gesunken. Er meint, dass man sich hinsichtlich der in Photovoltaik-Anlagen verwendeten Rohstoffe aus China abhängig mache.

GR Leitl widerspricht und weist darauf hin, dass es Entwicklungen gebe, weniger von China abhängig zu sein. Auf diesem Gebiet geschehe sehr viel.

- c. 1.Bgmstv. Mayer erkundigt sich, bis wann mit der Vorlage der Unterlagen des Bezirksmuseumsvereins betreffend das Schloss Landeck gerechnet werden kann.

StR Lungner antwortet, dass sie die Unterlagen an den Vorsitzenden und den Finanzreferenten, mit der Bitte diese durchzusehen, gemailt hat.

- d. GR Gerstgrasser bezieht sich auf das Schreiben von Frau RA Dr. Mair betreffend die Weiher Böden, welches von der Stadtamtsleiterin den Gemeinderatsmitgliedern weitergeleitet worden ist.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die E-Mail von RA Dr. Mair so formuliert war, dass dieses an die Gemeinderäte weitergeleitet werden soll. Des Weiteren merkt er an, dass er RA Dr. Mair aufgeklärt hat, dass lediglich eine Sanierung der Weiher Böden auf Initiative

Der Grünen und Privater geplant ist. Die Errichtung eines Badeweihers würde die Stadt nicht unterstützen. Hinsichtlich der Sanierung haben sich die Initiatoren bereits mit der Bezirkshauptmannschaft in Verbindung gesetzt.

- e. GR Vöhl, in seiner Funktion als Obmann der Stadtmusikkapelle Landeck, dankt der Stadtgemeinde Landeck für die Unterstützung anlässlich der „Langen Nacht der Blasmusik“.
- f. Der Vorsitzende berichtet, dass die Landecker Festwochen stattgefunden haben und ein qualitativ hochwertiges Programm angeboten worden ist. Er dankt der Obfrau, StR Lunger, sowie allen Ausschussmitgliedern für die Durchführung der Festwochen.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG